**Gewerkschaftskartell Biel**

**Gemeinsame Sitzung Gewerkschaftskartell und Geschäftsleitung der Partei**

**6. Februar 1940, 20 Uhr, Unionssaal Volkshaus**

Vizepräsident Kollege Josef Flury begrüsst die beiden Vorstände. Zur Behandlung steht die Aussprache über die Arbeits-Detachemente einschliesslich des Presseartikels des Genossen Dr. Guido Müller, der am 22. Januar 1940 in der „Seeländer Volksstimme“ erschienen ist.

Als erster Sprecher teilt Kollege Emil Rufer den Standpunkt der Gewerkschaften vor. Er weist auf die Resolution hin, die in einer öffentlichen Protest-Versammlung, die durch das Gewerkschaftskartell auf den 27. Dezember 1939 einberufen wurde, einstimmig gutgeheissen wurde. Unsere Forderungen decken sich übrigens mit denen des Gewerkschaftsbundes. Kollege Emil Rufer kritisiert besonders die Anwendung der Bestimmungen durch das hiesige Arbeitsamtes. Im Falle der Arbeiter der General Motors hat das Arbeitsamt ganz versagt. Unsere Behörden fassen die Beschlüsse falsch auf. Den Artikel des Genossen Dr. Guido Müller müssen die Gewerkschaften verurteilen, weil er zu allgemein gehalten ist.

Kollege Gottfried von Ins teilt mit, dass der Zentralvorstand des Bau- und Holzarbeiter-Verbandes sofort nach Kenntnisnahme des Bundesrats-Beschlusses eine Resolution an den Bundesrat gerichtet hat. Am 23. Januar 1940 ist dann eine Konferenz zustande gekommen, in der einigen Verbesserungen zugestimmt worden ist. Aber leider ist ein Tag vorher der Artikel des Genossen Dr. Guido Müller erschienen, der an der Konferenz auch entsprechend ausgeschlachtet wurde. Verschiedene unserer Verbands-Sektionen protestierten gegen das Verfahren in Biel. Unter diesen Umständen müssen wir uns fragen, was wir noch zu suchen haben in der Partei, wenn uns die eigenen Leute in den Rücken fallen.

Kollege Voutat stellt fest, dass eine grosse Anzahl Leute eingerückt ist und schon nach wenigen Tagen wieder entlassen werden musste, wegen aller möglichen Gebrechen. Grundsätzlich kann er die Detachemente aber nicht ablehnen.

Kollege Baptiste Clerico verweist darauf, dass in anderen Kantonen weniger rigoros vorgegangen wird. An anderen Orten, wo wir auch Regierungsvertreter haben, könne man sich verständigen, aber im roten Biel nicht. Wir haben bald die gleichen Verhältnisse wie in Deutschland.

Genosse Dr. Guido Müller ist überrascht über die seichten Gründe, die vorgebracht werden. Er stelle fest, dass auch die Gewerkschaftsvertreter sich grundsätzlich abfinden mit den Detachementen. Sein Artikel sei nur grundsätzlich zu verstehen. Er könne keinen Satz daraus zurücknehmen. Er verweist auf die Metallarbeiter-Zeitung Nr. 5, die im gleichen Sinn Stellung nehme. Es sei Pflicht der Arbeitslosen, sich zur Verfügung zu stellen. Er ist immer für die alten Arbeitslosen eingetreten in der Gemeinde und auch im Bund.

Genosse Küffer möchte sich nur grundsätzlich äussern. Das Arbeitsamt Biel befolge nur die Weisungen und Vorschriften, die alle anderen Arbeitsämter auch zu befolgen hätten. Er stellt in Abrede, dass inzwischen Weisungen für Änderungen eingetroffen seien. Er habe das Gefühl, man reite auf ihm herum, weil an der Sache selbst nichts zu ändern sei. Die Arbeiter der GM hätten sich nicht zu erkennen gegeben, deshalb das Aufgebot. Durch sein Eingreifen wurde die Sache rückgängig gemacht. Für die Unterschiede in den Kantonen kann er nichts dafür. Der Kanton Bern sei rückständig und es liege an den Gewerkschaften, Verbesserungen der bestehenden Vorschriften zu verlangen. Die Gewerkschaften müssten auch den Mut aufbringen, gewisse Fälle einzugestehen. Er stellt fest, dass jetzt plötzlich mancher Arbeit gefunden hat, um nicht eingezogen zu werden.

Genosse Paul Fell begreift den Standpunkt der Gewerkschaften. Es fehle an nötigem Kontakt untereinander. Wir sollten uns aussprechen, bevor öffentlich Stellung zu Problemen genommen werde. Partei und Gewerkschaften müssten mit klar formulierten Forderungen an die Öffentlichkeit gelangen.

Genosse Kurz findet nichts anstössiges an den Arbeits-Detachementen. Die Aktiven müssten oft gegen ihre Überzeugung einrücken, sogar von der Arbeit weg. Es sollte nicht immer die Gewerkschaften gegen die Partei ausgespielt werden. Er findet, eine Präzisierung des Artikels des Genossen Dr. Guido Müller wäre nützlich.

Genosse Wittenbach hofft im Namen der Mitgliedschaft Mett, dass es nicht zu einer Spaltung komme.

Kollege Brunner weist darauf hin, dass schon mit der Sistierung der Krisenhilfe versucht wurde, die Arbeitslosenzahlen mit allen Mitteln zu senken. Nicht nur in den Kantonen, sondern innerhalb des Kantons Bern selber bestehen wesentliche Unterschiede in der Handhabung der Vorschriften.

Kollege Gottfried von Ins versteht, warum die Metallarbeiter-Zeitung die Detachemente befürwortet. Konrad Ilg möchte seine Leute freibekommen für die Beschäftigung in der Kriegsindustrie. Die Partei als solche sollte aber auf anderen Boden kommen.

Kollege Emil Rufer stellt fest, dass die Delegiertenversammlung des Gewerkschaftskartells den Artikel des Genossen Dr. Guido Müller ablehnte. Wir müssten eindeutig Stellung nehmen. Wir könnten die missliche Stimmung nicht ohne Mithilfe der Partei beseitigen. Er bestreitet, dass Genosse Küffer im Falle GM seine Pflicht erfüllt hat. Hierauf verlassen die Genossen Küffer und Dr. Müller demonstrativ die Sitzung.

Kollege Josef Flury beantragt Abbruch der Sitzung, was beschlossen wird.

Genosse Kurz wird die Angelegenheit nochmals mit der Geschäftsleitung der Partei behandeln, hofft aber auf eine sachliche Diskussion an der nächsten Sitzung.

Fortsetzung der Sitzung am 13.2.1940.

Schluss der Sitzung um 23.15 Uhr.

Josef Flury, Präsident

Karl Meierhans, Protokollführer

Gewerkschaftskartell Biel Vorstand Protokolle 1936-1946. Protokollbuch, gebunden, Handschrift. Archiv GBLS Biel.

Gewerkschaftskartell Vorstand Protokoll 6.2.1940